Noch bei Trost?

Wissenschaftsfreiheit zwischen Polarisierung, Politisierung und KI-induzierter (Selbst-) Entmündigung

Peter Dabrock

24.11.2026 doi: 10.59704/580e2a336546068c

Die Wendung „Noch bei Trost?“ changiert zwischen „Bist du noch bei Trost, hast du sie noch alle?“ und „Findest du noch Trost – in Zeiten, die vielen trostlos erscheinen, in denen Gewissheiten wegbrechen, die man für tragfähig gehalten hatte?“ Für einen Theologen verdichtet sich im Trost der Sinn von Religion: Mit „Tröstet, tröstet mein Volk“ setzt das biblische Hoffnungsbuch par excellence, Deuterojesaja, ein (Jes 40,1), und einer der wichtigsten Texte der Reformationszeit, der Heidelberger Katechismus von 1563, beginnt mit der präambelartigen Frage: „Was ist dein einziger Trost im Leben und im Sterben?“ Gerade weil das Trost-Motiv so stark ist, kennt es aber Kipppunkte: Trost kann zur Vertröstung verkommen, zum Sedativum, das unruhige Fragen erstickt, statt sie auszuhalten. Vielleicht hat Emmanuel Levinas deshalb konstatiert, Philosophie könne nicht trösten – und, anders als Boethius, wohl auch gemeint: Sie soll es auch nicht. Was für die Philosophie gilt, gilt erst recht für die Wissenschaft. Warum aber diese Frage in einem Gedankengang zu Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit? Weil unsere Gesellschaft im Umgang mit den vielbeschworenen Polykrisen – ein Pleonasmus, aber sei’s drum – zumindest drei gefährliche Signaturen trägt, die auf unser Verständnis von Wissenschaft durchschlagen: erstens Polarisierung, die einfache Antworten emotionalisiert in die mediale Öffentlichkeit spült, damit zweitens Politisierung bewirkt, weil so Zugehörigkeiten via Identitätsmarker verteilt werden, und drittens Künstliche Intelligenz, die beschleunigt, was ohnehin zu schnell war, und die, als soziotechnisches System begriffen, eine Machtfrage darstellt und die Gefahr der Selbstentmündigung birgt. Um diesen Herausforderungen für Gesellschaft wie Wissenschaft nicht gänzlich schutzlos ausgeliefert zu sein, schlage ich konzeptionell vor, Wissenschaftsfreiheit mit Axel Honneth als soziale Freiheit zu begreifen und zu ihrer Umsetzung ein Set von fünf Governance-Perspektiven zu beherzigen, unter denen der Bildung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die zentrale Bedeutung zukommen müsste.

Die produktiven Enttäuschungen der Wissenschaft

Wenn gegenwärtig über den Status von Wissenschaft und deren Freiheit debattiert wird, fokussiert sich der innerwissenschaftliche Diskurs auf die Strukturfragen des Systems – sattsam bekannt, aber noch immer viel zu selten ernsthaft angepackt: Grund- versus Drittmittelfinanzierung, prekäre Karriereaussichten der Nachwuchswissenschaftler, das heiß gelaufene Peer-Review-Verfahren in einem zunehmend von Großverlagen beherrschten Publikationswesen, ganz zu schweigen von der Unterfinanzierung des Normalbetriebs. Dass all das mit der Qualität und Freiheit von Wissenschaft zu tun hat, leuchtet sofort ein: Wer um Drittmittel kämpft, ist anfälliger für Aufmerksamkeitslogiken, und wer befristet arbeitet, für vorauseilende Anpassung. Um Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen, muss der Blick dennoch über die internen Problemlagen hinaus geweitet werden.

Zuvor aber ist zu klären, was gefährdet ist, wenn von Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit die Rede ist. Wissenschaft stellt eine methodisch geleitete, institutionalisierte Praxis produktiver Enttäuschungen mit dem Ziel der begründungsfähigen Revision oder Erweiterung des gegebenen Wissens dar. Methodisch geleitet ist Wissenschaft, weil nicht jede Weise der Meinungsbildung schon Erkenntnis hervorbringt. Institutionalisiert ist sie, weil in ihr Erkenntnisgewinnung keine Privatangelegenheit genialer Einzelner ist,

sondern auf organisationell eingebettete Kritik und Prüfung angewiesen ist. Begründungsorientiert ist und bleibt sie, weil sich wissenschaftliche Aussagen weder allein durch ihre Urheber noch durch Publikumsresonanz oder politische Erwünschtheit legitimieren. Auf Revision angelegt ist sie, weil sie fehlbar bleibt. Der Motor ihres spezifischen Wirkens aber liegt in der produktiven Enttäuschung. Wissenschaft bewährt sich dort, wo wir bereit sind, unser vermeintliches Wissen enttäuschen zu lassen: durch das Experiment, das die Hypothese widerlegt, durch eine bis dato unbekannte Quelle, die eine etablierte Deutung umstürzt, durch eine Studie, die zeigt, dass eine politisch attraktive Maßnahme nicht wirkt, oder schlicht: durch das bessere Argument, das ich zulasse. Produktiv werden solche Enttäuschungen, wenn wir sie nicht als Kränkung unserer Identität, sondern als Erkenntnisgewinn begreifen. Darin liegt die Zu-Mutung der Wissenschaft, durch die sie sich von all den Kommunikationsformen unterscheidet, die auf Bestätigung, Zugehörigkeit und Aufmerksamkeit setzen. Gerät eine der Dimensionen unter Druck, wird von außen gekapert oder von innen vernachlässigt, droht das fragile Zusammenspiel zu zerbrechen: Methode ohne Enttäuschungsbereitschaft wird zur unkreativen Routine; lebendige Arbeitsgruppen drohen zu machtverwaltenden Institutionen zu verkommen; und – wer im Wissenschaftssystem kennt es nicht? – Fortschritts-, Innovations- und Exzellenzrhetoriken bedienen eher Aufmerksamkeits- und Finanzierungsspiele denn melioristischen Erkenntnisgewinn.

Wissenschaftsfreiheit - dreifach gedacht

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“ – Art. 5 Abs. 3 GG hat nach den Erfahrungen der gleichgeschalteten Universität im Nationalsozialismus den Weg in die Verfassung zuerst als Abwehrrecht gegen den Staat gefunden. Seit dem Hochschulurteil von 1973 (BVerfGE 35, 79) wird ihm eine organisatorische Gewährleistungsdimension beigemessen: Der Staat hat nicht nur die Finger wegzulassen, sondern freie Wissenschaft organisatorisch zu ermöglichen. Das ist wichtig, reicht aber, so meine These, nicht hin, um zu verstehen, was gegenwärtig auf dem Spiel steht.

Hilfreich ist eine Anleihe bei Axel Honneth. Er fügt der bekannten Unterscheidung Isaiah Berlins zwischen negativer Freiheit („Freiheit wovon?“) und positiver („Freiheit wozu?“) eine dritte hinzu, die er als eigentlich anspruchsvolle identifiziert: die soziale Freiheit. Sie gewinnt man nicht allein, sondern nur im Konzert mit anderen, sprich: in Praktiken wechselseitiger Anerkennung. Bei Hegel verwirklicht sie sich in Familie, bürgerlicher Gesellschaft und, nun ja, dem preußischen Staat. Bei Honneth wird diese Trias moderner reformuliert: in persönlichen Beziehungen, einer sozial eingebetteten Marktwirtschaft und der Dialektik von Rechtsstaat und demokratischer Öffentlichkeit.

Greift man Honneths Verständnis von Freiheit als sozialer Freiheit auf, kann Wissenschaftsfreiheit als die Verwirklichung einer Praxis, die in die Gesellschaft eingebettet ist, begriffen werden. Wie bei jeder Praxis muss man nach ihren Gelingensbedingungen fragen, ohne die Misslingensbedingungen – Honneth spricht 1994 mit einem sprechenden Buchtitel von „Pathologien des Sozialen“ – auszublenden. Zu Letzteren zählen meines Erachtens die drei genannten: Polarisierung, Politisierung und Selbstentmündigung durch KI. Ich befrage jede dreifach: Welche Verlockung steckt in ihr? Welcher Gefahr erliegt, wer sich allzu selbstverständlich auf sie einlässt? Und warum muss man sie dennoch berücksichtigen, ohne sich von fremden Systemlogiken wie Macht oder Aufmerksamkeit kapern zu lassen?

Polarisierung

Weil ihre Ergebnisse Gewissheiten irritieren, wird Wissenschaft oft angegriffen. Wie ernst die Lage ist, zeigt der Academic Freedom Index. Für die Vereinigten Staaten verzeichnet das diesjährige Update einen dramatischen Einbruch der Hochschulautonomie, dessen Geschwindigkeit selbst im Vergleich mit Ländern auf dem Weg in die Autokratie außergewöhnlich ist. Weltweit ist die Wissenschaftsfreiheit im vergangenen Jahrzehnt in fünfzig Ländern erheblich zurückgegangen und hat sich nur in neun verbessert. Auch Deutschland hat an Boden verloren – wenn auch bislang nicht substanziell. Man mag einwenden, dass

der Index primär auf subjektiven Expertenurteilen, mit Luhmann gesprochen: auf Erwartungserwartungen, basiert. Wer erwartet, dass eine Forschungsfrage ihn in ein inopportunes Lager sortiert, stellt sie womöglich gar nicht erst. Dennoch bestätigt ein umfangreiches Set an objektiven und statistischen Kontrollverfahren diesen besorgniserregenden Trend, der sich in den subjektiven Aussagen zeigt.

Deshalb sind auch die Diagnosen, die Steffen Mau und Nils Kumkar gestellt haben, nicht wirklich beruhigend. Sie zeigen zwar, dass unsere Gesellschaft in der Breite weniger polarisiert ist, als es scheint. Polarisierung wird kommunikativ hergestellt, weil Schwarz-Weiß in der Aufmerksamkeitsökonomie schlicht besser funktioniert als Grauschattierungen. Das relativiert die Diagnose, entdramatisiert sie aber nicht: Nach dem Thomas-Theorem sind Situationen, die Menschen als real definieren, real in ihren Folgen. Auch was „nur“ kommunikativ konstruiert wird, wirkt.

So manche im Wissenschaftsbetrieb erliegen der Versuchung, auf der richtigen Seite stehen zu wollen: Applaus erscheint süß, Eindeutigkeit entlastet. Wer dieser Verlockung nachgibt, nimmt in Kauf oder wünscht sich gar, dass seine Ergebnisse zu Identitätsmarkern funktionalisiert werden: Man liest eine Studie nicht mehr daraufhin, ob sie stimmt, sondern wem sie nützt – und Forschende beginnen, sich selbst (und andere) entsprechend zu sortieren. Dennoch kann Wissenschaft nicht so tun, als stünde sie außerhalb der Gesellschaft. Sie muss wissen, dass ihre Ergebnisse in Lagerkämpfe eingespeist werden, und ihre Kommunikation darauf einstellen – ohne ihre Themen, Positionen und Programme den, mit Mau gesprochen, „Polarisierungsunternehmern“ abzutreten.

Politisierung

Ist Polarisierung der Angriff von außen, so ist Politisierung die nicht minder versucherische Umarmung. Politik hat gern auf „die Wissenschaft“ verwiesen, um Entscheidungen als alternativlos auszuweisen. Bewegungen machen sie zum Kronzeugen für ihr Anliegen, und Medien brauchen Expertinnen oder Experten, die in dreißig Sekunden sagen, was (angeblich) zu tun ist. Die Verlockung ist offensichtlich, und ich nehme mich nicht aus: Reputation und Einfluss im Beratergremium, in der Talkshow, durch eine Schlagzeile. Denn mediale und politische Aufmerksamkeit ist im Wissenschaftssystem eine harte Währung, die sich nicht selten in Drittmittel ummünzen lässt. Peter Strohschneider hat diese Gefahr mit dem frühen Luhmann benannt und unabhängige Wissenschaft von einer Szientokratie abgegrenzt, die Wahrheit unmittelbar in Herrschaft übersetzen möchte: Wissenschaft habe, so schreibt Luhmann, „die spezifische Funktion, die Welt für die Gesellschaft offen zu halten. Für diese Funktion [werde] sie freigestellt“ (Niklas Luhmann, *Selbststeuerung der Wissenschaft*, Jahrbuch für Sozialwissenschaft (1968), S. 147-170, hier S. 152). Demokratie lebe davon, dass Herrschaftslegitimität und Wahrheitsanspruch nicht voneinander abgeleitet werden. Werde Wissenschaft politisiert, verschließe sie die Welt, die sie offenhalten solle – und verspiele die Freistellung, von der sie lebe.

Und doch ist Wissenschaft nicht unpolitisch und darf es nicht sein. Max Weber wollte Prophet und Demagoge nicht auf dem Katheder sehen, hat aber nie bestritten, dass der Gelehrte als Bürger Partei ergreifen darf, ja soll. Nicht Aktivismus im Namen der Wissenschaft ist das Gebot, sehr wohl aber die Verteidigung jener Demokratie, die Wissenschaftsfreiheit erst möglich macht. Wer das nach den Standards seines Faches tut, betreibt keine „Agendawissenschaft“, wie der rhetorisch funktionalisierte und von Geert Keil hier im Verfassungsblog kritisch sezierte Kampfbegriff insinuiert. Entscheidend ist der Nachweis, dass die wissenschaftlichen Anforderungen beachtet wurden; die Ergebnisse haben sich dann dem kritischen Diskurs der Wissenschaft auszusetzen.

KI-induzierte (Selbst-)Entmündigung

„Es ist so bequem, unmündig zu sein“, schrieb Kant 1784. „Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, […] so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen.“ Die Ergänzung drängt sich auf: „Habe ich ein Sprachmodell, das für mich das nächstwahrscheinliche Wort findet …“ Während Polarisierung und Politisierung vor allem von außen wirken, greift KI in die wissenschaftli-

che Praxis selbst ein – gerade dort, wo sie besonders leistungsfähig erscheint. Dass KI Datenbestände erschließt, Hypothesen generiert und Forschung beschleunigt, wäre töricht zu bestreiten. Noch törichter wäre es, diese Erkenntnisse nicht zu nutzen. Die Frage ist nicht, ob Wissenschaft KI verwenden darf, sondern unter welchen Bedingungen sie die Erkenntnisfähigkeit der Forschenden stärkt oder unter welchen sie sie – und zwar dauerhaft – untergräbt: Was geschieht, wenn die eigenständige Literaturrecherche durch ungeprüft übernommene KI-Zusammenfassungen abgelöst wird? Was, wenn wissenschaftliche Fragestellungen zunehmend aus algorithmisch als nächstwahrscheinlich errechneten Anschlüssen an Bestehendes abgeleitet werden? Was passiert mit wissenschaftlichem Ethos, wenn Argumente nicht mehr mühsam durch eigene Lektüren, Hypothesenbildung und streitbare Diskurse entwickelt, verworfen und reformuliert, sondern als mentale Canapés übernommen und bestenfalls oberflächlich redigiert werden? Urteilskraft entsteht nicht durch die inflationäre Verfügbarkeit vermeintlich richtiger Antworten. Sie bildet sich nur durch Lernprozesse, eigene „Anstrengung des Begriffs“ (Hegel) und Diskurse darüber, warum und wann Antworten unzureichend erscheinen: im Scheitern der Hypothese, im Widerstand des schwierigen Textes, in der Einsicht, sich geirrt zu haben.

Das Problem ist also nicht bloß, dass KI falsche Antworten geben kann. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten sich um jene Erfahrungen bringen, aus denen ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur (mühsam) erwächst. Das wäre eine eigentümlich selbstinduzierte Entmündigung, im Anschluss an Foucault formuliert: eine maschinengetriebene Selbstgouvernementalisierung durch schleichende Delegation der Urteilskraft an KI-Systeme.

Zu allem Überfluss ist die Dynamik eingebettet in Machtpraktiken, die keineswegs, wie bei Foucault oft charakterisiert, anonym bleiben. Sie tragen Namensschilder: die der Tech-Giganten. Weil sie den Markt für Rechenkapazitäten fast oligarchisch beherrschen, sind ihre KI-Systeme keine neutralen Werkzeuge, sondern Teil soziotechnischer Infrastrukturen mit besorgniserregenden Machtkonzentrationen: Sie bestimmen maßgeblich mit, was in die Wissensbestände eingeht, weil ihre Modellarchitekturen oft schwer nachvollziehbar bestimmte Positionen oder Ergebnisse bzw. Ergebniswahrscheinlichkeiten begünstigen und entsprechende Verzerrungen (re-)produzieren. Wissenschaftsfreiheit im Sinne der positiven wie der sozialen Freiheit hat damit eine infrastrukturelle Dimension gewonnen: Es geht nicht nur um die Freiheit, eine Frage zu stellen, sondern auch darum, die Bedingungen ihrer Bearbeitung verstehen und mitgestalten zu können.

Bullshitting: die Verschränkung der drei Herausforderungen

Aus all dem ergibt sich, dass die KI-induzierte Selbstentmündigung auf einer infrastrukturell formatierten epistemischen Fremddestruktion aufruht: der Beschädigung der gesellschaftlichen Voraussetzungen, zwischen (hier: wissenschaftlich) begründeter Aussage und bloßer Behauptung zu unterscheiden. Harry Frankfurt hat gezeigt, dass dem Bullshitter, anders als dem Lügner, die Wahrheit schlicht gleichgültig ist; ihn interessiert die Wirkung. Während die Lüge in der Verneinung der Wahrheit noch deren Primat anerkennt, geht es beim Bullshitting darum, schon die Unterscheidung durch das Steve-Bannon’sche Credo: „Flood the zone with shit“ als irrelevant abzustempeln. Diese Gleichgültigkeit lässt sich mit KI skalieren, und genau das geschieht kräftig. Das Problem bildet dann nicht mehr die einzelne Falschinformation, sondern die Flutung der Öffentlichkeit mit mal plausibel Klingendem und mal bedeutungsleerem Unsinn. Entscheidend ist: alles ohne Gewichtung, alles ohne Gewähr. Angesichts dieser Vergleichgültigung erscheint wissenschaftliche Expertise nur noch als eine Stimme unter vielen, und Verschwörungsnarrative können sich frech selbstbewusst neben wissenschaftlich ausgewiesene Theorien stellen: epistēmē (begründetes Wissen) wird zur doxa (bloßen Meinung). Wenn alles gleich ist, wird alles gleichgültig: die Entropie der wissensbasierten Gesellschaft. Die drei skizzierten Herausforderungen verschränken und verstärken sich wechselseitig: Polarisierung schafft Nachfrage nach identitätsbestätigenden Erzählungen, Politisierung instrumentalisiert

wissenschaftliche Autorität, KI liefert die entdifferenzierende und wissensmarginalisierende kommunikative Massenproduktion. Indem so der Wunsch nach destruktiver Komplexitätsreduktion erfüllt wird, entsteht eine gesamtgesellschaftliche Regressionsdynamik, in der methodisch entwickeltes, auf beständiges Enttäuscht-Werden angelegtes wissenschaftliches Wissen an Autorität verliert. Denn durch das KI-skalierte Bullshitting zerfallen die Voraussetzungen, unter denen Autorität überhaupt noch als begründungsbedürftige und begründungsfähige verstanden werden kann.

Was dagegen hilft

Um Wissenschaftsfreiheit gegen die Gefahren von Angriff, Umarmung und KI-induzierter Selbstentmündigung wie Fremddestruktion zu schützen, schlage ich fünf Governance-Perspektiven vor. Sie bieten keine Erfolgsgarantie, aber ohne sie – und ohne die hier nicht eigens thematisierten, ebenso dringlichen internen Systemreformen – dürfte es noch schwerer werden, dieses kostbare Gut hochzuhalten:

Erstens, institutionelle Resilienz gegen Polarisierung: Wissenschaftsfreiheit hängt an der Autonomie der Institutionen und ihrer Pflege. Was in den USA binnen eines Jahres geschah, sollte uns lehren, Hochschulautonomie, Finanzierungswege, Beschäftigungspfade und Berufungsverfahren so abzusichern, dass sie nicht von der Gunst einer Legislaturperiode abhängen.

Zweitens, Optionsräume offenhalten statt politisch instrumentalisierter Eindeutigkeit: Wenn wissenschaftliche Organisationen oder Experten Politikberatung betreiben, sollten sie Optionsräume eröffnen, die Prämissen ihrer Ratschläge transparent machen, Alternativen und Folgen benennen, statt Entscheidungen vorwegzunehmen. Selbst der *State of the Art* einer Disziplin muss nicht politisch handlungsleitend sein, denn auch andere Disziplinen können mit alternativen Wegen, wie die Pandemie gezeigt hat, mit besten Gründen ähnliche Ansprüche stellen. Der Politik kann dann niemand die Pflicht abnehmen, nach eigener Logik zu bestimmen, welche Wissensbestände leiten sollen. Wenn Politik zwar auf die Wissenschaft hören, aber ihr nicht hörig sein soll, so gilt umgekehrt das Wort für die Wissenschaften, das Richard von Weizsäcker einst den Kirchen ins Stammbuch geschrieben hat: Sie sollen Politik möglich (sprich: besser) machen, nicht Politik machen. Sonst droht Politik entpolitisiert und Wissenschaft politisiert zu werden – zum Schaden beider. Wer von Beruf Wissenschaftlerin ist, aber als Bürgerin spricht, mache dies kenntlich. Das ist unbequemer als die Rolle des orakelnden Erfüllungsgehilfen, aber ehrlicher.

Drittens, KI-Souveränität gegen KI-induzierte Selbstentmündigung wie Fremddestruktion: Angesichts der technischen Übermacht der Tech-Giganten und ihrer politischen Freunde erscheinen effektive Maßnahmen so schwierig wie wenig erfolgversprechend. Dennoch müssen sie – und sei es in *Sandboxes* und mit beständigem Druck auf die politisch wie wissenschaftlich Verantwortlichen – versucht werden. Diesseits der großen Räder müssen auch viele kleine Stellschrauben gedreht werden: überprüfbare Regeln zur kritischen Einübung von KI-Kompetenz, ihre Grenzen eingeschlossen; öffentlich verantwortete, möglichst offene Infrastrukturen, unabhängig von den Tech-Giganten, mit Datenspeicherung auf europäischen Servern. Und, so banal es klingt, geschützte Zeit muss ein zentrales Gut bleiben: Denn zum Nachdenken, zum Zweifeln, zur methodisch geleiteten Ent-Täuschung braucht es Zeit; sie ist keine Ineffizienz, sondern Kern des wissenschaftlichen Arbeitens.

Und damit komme ich zu den beiden wichtigsten Punkten: Viertens, Fallibilismus als öffentliche Tugend. Nicht „Follow the science“, sondern „Listen to self-critical sciences“ – verstanden im Plural, und so, dass die Öffentlichkeit nicht nur Ergebnisse, sondern Prozesse sieht: Unsicherheiten, Streit um bessere Hypothesen und iterative Revisionen. Wissenschaft, die Irrtümer und Unsicherheiten verschweigt, um medial glaubwürdig zu wirken, verspielt am Ende genau diese Glaubwürdigkeit, wie die sozialpsychologischen Nachwehen der Corona-Pandemie zeigen. Vertrauen zu gewinnen, ist das eine, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen, ein anderes – und ungleich schwierigeres.

Fünftens, Bildung, Bildung, Bildung, lebenslang – auch und gerade für in der Wissenschaft Tätige. Jürgen

Mittelstraß hat zwischen Verfügungs- und Orientierungswissen unterschieden, zwischen dem Wissen, wie man etwas kann, und dem Wissen, was man soll (vgl. Mittelstraß, Jürgen: „Was heißt: sich im Denken orientieren?“, in: Mittelstraß, Wissenschaft als Lebensform. Reden über philosophische Orientierungen in Wissenschaft und Universität, Suhrkamp 1982, S. 162-184). Eine Gesellschaft, die Wissenschaft nur als Lieferantin von Verfügungswissen schätzt, darf sich über ihren Orientierungsmangel nicht wundern. Wenn Kompetenzen immer schneller und leichter via KI abgerufen oder gar ersetzt werden können, braucht es eine Kompetenz zur Kompetenzverwertung – und deshalb, gerade in den MINT-Fächern, mehr Urteilskompetenz, mehr Orientierungswissen, mehr Bildung, am besten im Sinne der alten *artes liberales* ein verpflichtendes Studium generale. Zugleich müssen solche Urteilskompetenzen angesichts drohenden De- und Never-Skillings – in Berufsfeldern wie in der Wissenschaft selbst – ein Leben lang trainiert werden. Das schließt die Übung in Differenzkompetenz ein, um der Egalisierung des KI-skalierten Bullshittings entgegentreten zu können. Zugleich gilt es, Grauschattierungen wahrzunehmen, um nicht der Polarisierung zu erliegen: Ambiguitätssensibilität muss ergänzend hinzutreten, ohne Differenzkompetenz ersetzen zu wollen. Schließlich ist das wirksamste Mittel, sich nicht politisch instrumentalisieren zu lassen, die Kultivierung von Gemeinsinn, der deutlich macht, dass niemand für sich allein frei sein kann und auch wissenschaftliches Wirken ein Moment der Praxis sozialer Freiheit darstellt.

Noch einmal: Trost

Wer von der Wissenschaft Trost als Vertröstung erwartet, wird enttäuscht werden. Und so paradox es klingt: Diese Enttäuschung ist ihr Dienst. Doch das Wort gibt mehr her. „Trost“ ist mit „trauen“ und „Treue“ verwandt, im Englischen mit *trust*; es meint ursprünglich innere Festigkeit, nicht Einlullen oder Sich-einlullen-Lassen. Und der Paraklet, der neutestamentliche Tröster, ist wörtlich der Herbeigerufene, der danebensteht – der Beistand, nicht der Besserwisser. Solcher Trost beendet das Fragen nicht. Er sorgt dafür, dass man mit seinen Fragen nicht allein bleibt.

Hier berühren sich Theologie und soziale Freiheit. Zweifeln kann man, mit Descartes gesprochen, allein; produktiv wird der Zweifel erst unter anderen: im Gespräch mit der Kollegin, die widerspricht, mit dem Gutachter, der nachrechnet, in der Arbeitsgruppe, die einen auffängt, wenn auch die dritte Hypothese gescheitert ist oder das vierte Journal trotz langwierigen Rebuttal-Letter-Austauschs einen Artikel abgelehnt hat. Dass man sich irren darf, ohne verloren zu sein, ist vielleicht dann doch ein Trost, den Wissenschaft bieten kann (oder sollte ich sagen: könnte). Das ist nicht gering, ja womöglich genau das, was einer polarisierten, orientierungshungrigen und beschleunigten Gesellschaft am meisten fehlt. Wer sein Leben diesem Tun widmet, ist vielleicht im Sinne der ersten Assoziation nicht ganz bei Trost. Im Sinne der zweiten ist er es – so hoffe ich, und ich glaube, nicht ins Blaue hinein – gerade deshalb. Die Freiheit zur so verstandenen Wissenschaft ist ein Garant jeder sozialen Freiheit.

AUTOR*IN

Peter Dabrock

Peter Dabrock ist Professor für Systematische Theologie (Ethik) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Er war von 2016-2020 Vorsitzender des Deutschen Ethikrates und ist seit 2022 als erster Theologe Mitglied im Präsidium von acatech, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften.

EMPFOHLENE ZITATION

Dabrock, Peter: Noch bei Trost?: Wissenschaftsfreiheit zwischen Polarisierung, Politisierung und KI-induzierter (Selbst-)Entmündigung, Verfassungsblog, 24.11.2026, doi: 10.59704/580e2a336546068c.

Lizensiert unter CC BY-SA 4.0.